

Arbeitskreis Asyl Nordrhein-Westfalen e.V.

Arbeitskreis Asyl Nordrhein-Westfalen e.V.
c/o Flüchtlingsrat, Kartäusergasse 9-11, 50678 Köln

Flüchtlinge schützen



Mitteilung an die Medien

Stand: 17.05.00

c/o **Kölner Flüchtlingsrat**
Kartäusergasse 9 - 11
D - 50678 Köln
Tel.: 0221 3382 249
Handy: 0171 7992647
Fax: 0221 3382 237
Ihr Ansprechpartner:
Claus-Ulrich Pröb

Arbeitskreis Asyl fordert von Innenminister Behrens:

Keine Abschiebungen von suizidgefährdeten Flüchtlingen in die Türkei!

Deutsche Botschaft Ankara:

"keine ausreichenden Behandlungsmöglichkeiten"

Der Arbeitskreis Asyl wandte sich gestern in einem Offenen Brief an das nordrhein-westfälische Innenministerium und forderte es auf, Abschiebungen von suizidgefährdeten Flüchtlingen in die Türkei sofort einzustellen.

Claus-Ulrich Pröb (Vorsitzender des Arbeitskreis Asyl NRW e.V.):
"Selbst die Deutsche Botschaft in Ankara erklärt, daß es in der Türkei für diese Menschen keine ausreichenden Behandlungsmöglichkeiten gibt. Auch wenn Abschiebungen mit ärztlicher Begleitung stattfinden, kann es nicht angehen, daß Suizidgefährdete in der Türkei einer Institution übergeben werden und sich dann niemand mehr fragt, was weiter geschieht. Das ist eine Haltung nach dem Motto: 'Nach mir die Sintflut!'"

Dem Arbeitskreis Asyl liegt ein Schreiben der Deutschen Botschaft in Ankara an das Auswärtige Amt vom 08.03.2000 vor, in dem es u.a. heißt:
"Eine der größten Schwierigkeiten ist die fast völlige Ausweglosigkeit, bestimmter betroffener Gruppen – hier vor allem auch Erwachsenen- adäquate Behandlungsmethoden/-verfahren in Anspruch nehmen zu können: hierzu gehören traumatisierte Menschen, vergewaltigte Frauen, Menschen mit Angsttraumata nach Misshandlungen, stark selbstmordgefährdete Menschen – um nur einige zu nennen."

Konto Nr. 7 111 400 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln (BLZ 370 205 00)

Der Verein ist laut Bescheinigung des Finanzamtes Köln-Altstadt vom 03.03.2000 als
gemeinnützig anerkannt. Spenden und Beiträge sind somit steuerlich absetzbar.

Und weiter heißt es:

"Anschluss-Therapien von z.B. aus Deutschland oder den Niederlanden zurückkehrenden Patienten müssten –schon aufgrund der unterschiedlichen Behandlungskonzepte der Länder- ausgeschlossen werden."

Die Botschaft verweist auf die Aussage des inzwischen verstorbenen Staatssekretärs im Türkischen Gesundheitsministerium, Herrn Muzaffer Kececi:

"Diese Patienten fallen nach ihrer Rückkehr in die Türkei von einem Trauma in das nächste. Auffangen können wir sie nicht."

Der Arbeitskreis Asyl fordert das Innenministerium NRW auf, diese Abschiebep Praxis sofort einzustellen und den Erlaß vom 02.07.1999, der die Grundlage für die Abschiebungen suizidgefährdeter Flüchtlinge in die Türkei ist, sofort zurückzunehmen.

gez. Claus-Ulrich Pröbß (Vorsitzender des AK Asyl NRW e.V.)